

# ENERGIE & MANAGEMENT

## ZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

### Erneuerbare Energie

Welche Pläne die grüne saarländische Umwelt- und Energieministerin Simone Peter verfolgt **9**



### Portrait

Auch technologisch können chinesische Firmen mit der deutschen Solarbranche durchaus mithalten, wie das Beispiel Yingli zeigt **6**



**D**er Norbert ist eigentlich einer der klügsten Köpfe der Bundesregierung“, säuselte kurz vor Karneval Markus Söder, Bayerns Umweltminister. Und zwar mit vergiftetem Unterton. In unmissverständlichen Worten hatte Bundesumweltminister Norbert Röttgen der Union zuvor empfohlen, nicht länger als nötig an der Atomenergie festzuhalten.

Ein Affront für die Süd-Länder, wo elf der siebzehn noch laufenden Atommeiler am Netz sind. Söder wollte zusammen mit seinen Amtskolleginnen aus Baden-Württemberg und Hessen, Tanja Gönner und Silke Lautenschläger, Röttgen von seinem „Irrweg“ abbringen und ihn an die Versprechen für eine atomare Laufzeitverlängerung möglichst ohne zeitliche Begrenzung aus dem Wahlkampf erinnern.

### 6,5 Mrd. Euro könnten zu Risikokapital werden

Was Röttgen nicht einen Deut beeindruckte und der Regierungskoalition den nächsten Streit bescherte. Atomkraft und Ökoenergien seien nicht nur „ökonomisch inkompatibel“, legte Röttgen in der Berliner Humboldt-Universität noch in der gleichen Woche nach, ein Miteinander beider Energieträger sei zudem technisch ausgeschlossen.

Keine neuen Erkenntnisse eigentlich. Auch für die Stadtwerke im Land. „Ich finde es deshalb ätzend, dass sich bei den allermeisten Kommunalversorgern kein Widerstand gegen die von Schwarz-Gelb angekündigte Laufzeitverlängerung regt“, ärgert sich Ulrich Kelber. Für den Vize der SPD-Bundestagsfraktion eine „unverständliche Passivität“. „Manche kommunale Investitionsvorhaben in die Eigenstromerzeugung und in erneuerbare Energien stehen so wirtschaftlich auf der Kippe.“

Kelber weiß, wovon er spricht, der Abgeordnete sitzt im Aufsichtsrat der Stadtwerke Bonn. Die Rheinländer sind dabei, für 80 Mio. Euro ihr Heizkraftwerk Nord zu einer GuD-Anlage mit 70 MW Leistung umzubauen. „Wenn der Ausstieg aus dem Atomausstieg kommt, können unsere Stadtwerke mit einer Rendite im Drei-Prozent-Korridor rechnen. Bleibt es bei der jetzigen Gesetzeslage wäre mehr als das Doppelte drin“, gibt Kelber Einblick in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

Insgesamt planen lokale Energieversorger, so eine jüngste Auflistung des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), an die 3 500 MW Kraftwerksleistung. Dafür nehmen sie gut 6,5 Mrd. Euro in die Hand – was über Nacht weitestgehend zu Risikokapital werden könnte.

Ein Aufschrei bleibt dennoch aus. „Viele meiner Kollegen haben mit schwarz-gelben Mehrheiten in den Räten und Gesellschafterversammlungen zu tun, die sie nicht vergären wollen“, versucht sich Saarbrückens Stadtwerke-



## „Eine Kampagne sieht anders aus“

Die Mehrheit der Stadtwerke nimmt die noch nicht beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomreaktoren wehrlos hin – obgleich sich ihre Wettbewerbsposition verschlechtern wird.

VON PETER FOCHT UND RALF KÖPKE

Chef Dieter Attig an einer Erklärung – mit ganz moderaten Tönen. Zudem nehmen die Verbundunternehmen über ihre Beteiligungen vielerorts Einfluss auf die Geschäftspolitik der Stadtwerke.

Kollegenschelte vermeidet auch Albert Filbert, Vorstandschef der Darmstädter HSE AG. Sein Standpunkt ist aber eindeutig: „Viele Stadtwerke hängen noch dem Denken der Vergangenheit an. Eine Laufzeitverlängerung geht aber nur zu ihren Lasten, sowohl auf der Erzeugungs- als auch auf der Vertriebsseite.“ Sollten die Atommeiler länger laufen, so Filberts Prognose, komme es zu einem „mehrjährigen Moratorium im Erzeugungssektor“, das heißt, weder Stadtwerke noch Newcomer bauen neue Kraftwerke: „Das hat mit Wettbewerb nichts mehr zu tun.“ Das Oligopol der vier Verbundunternehmen erführe eine Stärkung.

Froh über diese klaren Worten ist Rainer Baake, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe: „Die Wettbewerbsposition der Stadtwerke wird sich mit einer Laufzeitverlängerung drastisch verschlechtern. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass die meisten Kommunalversorger nach wie vor pennen.“ Ihren heimischen Bundestagsabgeordneten müssten die Stadtwerke schnellstens die drohenden Konsequenzen klar machen, lautet Baakes Tipp.

Dafür müsste die Kommunalseite sich endlich „lauter artikulieren“, fordert Professor Uwe Leprich von der Hochschule des Saarlands, „was bislang kam, war zu wenig und zu zahm“. Wa-

rum, fragt Leprich, hat die Stadtwerke-Seite Röttgens jüngste atomkritische Äußerungen nicht unterstützt?

Das tut Hans-Joachim Reck, Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen zumindest verkläuliert, wenn er begrüßt, dass „der Bundesumweltminister in seiner Positionierung ausgewogen argumentiert und die Notwendigkeit eines breiten Konsenses für ein tragfähiges Energiekonzept sieht“.

### „Der Wähler hat gesprochen“

Auffällig ist jedoch, dass die Kommunalwirtschaft sich bislang nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme gegen die Verlängerung der Laufzeiten durchgerungen hat. Stattdessen plädiert der VKU mit wachweichen Formulierungen für ein „konsistentes Energiekonzept“ für das „alle Erzeugungsoptionen vorurteilsfrei auf ihren sinnvollen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung geprüft werden“ müssten.

Auch die 8KU-Vereinigung, zu der sich die großen Kommunalversorger aus Darmstadt, Frankfurt, Hannover, Köln, Leipzig, Mannheim, München und Nürnberg zusammengeschlossen haben, geht davon aus, dass an dem grundsätzlichen Ja für die Laufzeitverlängerung nicht mehr zu rütteln ist. CDU/CSU und FDP hätten sich vor der Wahl eindeutig darauf festgelegt und „der Wähler hat gesprochen“, begründet 8KU-Geschäftsführer

Matthias Dümpelmann diese Haltung. Um die „hochproblematischen Auswirkungen der Laufzeitverlängerung“ zu dämpfen, plädiert die 8KU-Gruppe dafür, die zusätzlichen Milliardengewinne der Kernkraftwerksbetreiber aus der Laufzeitverlängerung „möglichst vollständig“ abzuschöpfen. Dies solle sinnvollerweise schon vor der Stromvermarktung geschehen. Das ginge am besten über ein „Kernenergie-Einspeisungsentgelt“, so die Empfehlung der 8KU auf Basis einer Studie des Instituts für Energie- und Klimapolitik. Die Einspeisegebühr funktioniert wie „eine umgekehrte EEG-Vergütung“ und soll über die Netzbetreiber abgewickelt werden, erklärt Geschäftsführer Dümpelmann.

Einen anderen Weg schlägt die Stadtwerke-Allianz Trianel vor: Bleiben die Nuklearmeiler am Netz, müssten die Verbundunternehmen ihre alten Braun- und Steinkohlekraftwerke abschalten. Nach Berechnungen der Beratungsgesellschaft BET GmbH kämen so rund 18 000 MW Leistung zusammen. Für Energie-Professor Leprich ein „durchsichtiger Vorschlag“. „Trianel will die Investitionen in die eigenen Kohlekraftwerke retten. Kame es wirklich so weit, wäre mit diesen Großkraftwerken kein notwendiger Schritt in Richtung Dezentralität getan.“

Auch den SPD-Mann Kelber überzeugt der Vorschlag nicht. „Selbst wenn im Endeffekt wirklich ein, zwei alte

## INHALT



### Kraftwerke

Über die Raumbedeutsamkeit und optische Wirkung für den Baustopp eines Kraftwerks in Datteln und einer Windturbine in Bochum. **7**

### Unternehmen

Derzeit wundern sich die BET-Gründer Michael Ritza und Wolfgang Zander über so manches Déjà-vu-Ergebnis aus ihren Anfangstagen. **8**



### Gas

Für einen verstärkten Einsatz der lange stiefmütterlich behandelten Erdgasautos plädiert Stephan Kohler. **21**

### Klimaschutz

Beim Umweltschutz darf es trotz der noch anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise keine Pause geben. **24**



### Effizienz

Schritt für Schritt will MAN ihren Energieverbrauch um 20 Prozent senken. **25**

### KWK kompakt

Hausinterne Stromversorgung aus BHKW: Welche Unterzähler nötig sind, wenn für Zusatzstrombezug Leistungsmessung verlangt wird. **29**

Kraftwerke stillgelegt würden, wäre nicht mehr als Effekthascherei gewonnen.“ Der Tipp des Polit-Profis an die Kommunalversorger ist klar und deutlich: „Wenn die Stadtwerke wirklich zu den tragenden Kräften der Energiewende zählen wollen, wie sie oft von sich behaupten, müssen sie mehr Druck in Berlin, in den Landeshauptstädten und bei der Politik vor Ort machen. Da muss mehr kommen als bisher, eine Kampagne sieht anders aus.“ **E&M**